

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Donnerstag, 17. Juni 1926.

Nr. 141.

### Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (inkl.)

## Nach dem ersten Kampfe.

Von Wilhelm Riefner.

Die rasche Wandlung der Deutschbürgerlichen von Kämpfern für nationale und politische Rechte zu Vassallen und Handlangern der tschechischen Machtklasse, kann, wer ihre Geschichte und ihr Wesen kennt, eigentlich niemanden überraschen. Sie haben, von materiellen Vorteilen verlockt, eben nur eine Maske weggelegt, die ihnen längst schon lästig geworden war.

Aber die Parteien des tschechischen Bürgertums? Wo liegt die Erklärung dafür, daß sie jetzt die tschechischen sozialistischen Parteien mit infernalischen Hohnausdrücken überschütten, wie sie früher nur den Deutschen gewidmet waren und ihre unter Mitwirkung der Deutschbürgerlichen hergestellte neue „Böhmische“ genau so schonungslos handhaben, wie vordem gegen die Koalitionsgegner? Woher die Freude über die Gumminüppel und Säbel der Polizei, die nun auch schon auf tschechisch-sozialdemokratische Arbeiter einhauen? Gewiß: der Widerstand gegen Zölle und Kongrua! Aber ist das eine ausreichende Erklärung für den entstandenen scharfen Gegensatz zwischen dem bürgerlichen und sozialistischen Block im tschechischen Volk? Hat sich hier nicht eine tiefergehende Wandlung anderer Art vollzogen?

Die tschechische sozialistische Arbeiterschaft hat dem Bürgertum den tschechoslowakischen Staat erkämpfen geholfen. Ohne ihre Tathilfe hätte die tschechische nationale Revolution nicht siegreich sein können. Das gemeinsam erstrebte und errungene Kampfziel einigte Jahre vor und nach dem Umsturz Bürgertum und Arbeiterschaft, so daß die Illusion entstehen konnte, die Bürgerfriedensstimmung des Bürgertums würde dauernd fortbestehen, und dieses werde seinen Ehrgeiz daransetzen, der Arbeiterschaft zu helfen, den neuen Staat zu einem sozialen und demokratischen Musterstaate zu machen. Diese Illusionen wurden auch dadurch genährt, daß die Klassengegenstände im tschechischen Volk bis in die ersten Jahre nach der nationalen Revolution noch unentwickelt waren. Die Tschechen waren ein Volk von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern, eine tschechische Kapitalistenklasse gab es nur in embryonalem Zustande. Die Zahl der tschechischen Industriellen, Großgrundbesitzer und Finanzleute war nur gering. Die Besitzer der Produktionsmittel, die reichen Adeligen, die Mächtigen in Industrie und Handel, die Bankgewaltigen, die hohen Beamten und Offiziere waren mit wenigen Ausnahmen Deutsche. Auch die Ausübung der staatlichen und politischen Macht stand unter deutscher Vorherrschaft. Der tschechische Arbeiter, wirtschaftlich ausgebeutet, politisch entrechtet und national unterdrückt, sah seinen Hauptfeind in der deutschen Bourgeoisie, die ihm sowohl in der Gestalt des Klassenfeindes, als auch des nationalen Unterdrückers gegenübertrat. In dem tschechischen Landwirt und Bürger sah er zu einem guten Teile seinen Schicksals- und Leidensgefährten. Das alles begünstigte die Fortdauer eines gewissen patriarchalischen Geistes zwischen den Klassen, der auch im politischen Leben zum Ausdruck kam. In Oesterreich waren die tschechisch-bürgerlichen Parteien Anhänger des gleichen politischen Rechtes, sie kämpften für die nationale Gleichberechtigung, Gegner des Militarismus und Imperialismus, aber sie stimmten auch für manche sozialpolitische Reformen.

Was das tschechische Bürgertum bis zum Umsturz gewesen, ist es längst nicht mehr. Es ist heute nach seiner Zahl, seinem Besitz, seiner Macht im Staate, aber auch nach seiner geistigen und politischen Denkungsart etwas ganz anderes, als das arme Kleinbürgertum von ehemals. Mit beispielloser Geschwindigkeit hat es seine Entwicklung zur kapitalistischen Bourgeoisie vollzogen. Die Aenderung der nationalen und staatlichen Machtverhältnisse hat eine weitgehende Aenderung in der sozialen Zusammenlegung des tschechischen Volkes bewirkt. Aus der bürgerlichen Schicht bestehend, aus einer kleinen Anzahl von wohlhabenden Advokaten,

## Unsere Stellung zu den Staatsangestelltenvorlagen.

Namens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gab Genosse Grünzner in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses folgende Erklärung über unsere Haltung gegenüber den zur Verhandlung stehenden Staatsangestellten- und Lehrgerechtigkeitsvorlagen ab:

Meine Partei hat sich seit jeher mit aller Energie dafür eingesetzt, daß die Dienstverhältnisse der Angestellten des Staates, der staatlichen Betriebe und Unternehmungen und der übrigen Körperschaften in sozialem Sinne geregelt und den Angestellten für ihre Arbeitsleistung angemessene, den herrschenden Lebensverhältnissen angepaßte Bezüge zuteil werden.

In dem vorliegenden Gesetzentwurf vermögen wir jedoch eine solche Regelung keineswegs zu erblicken. Denn den geringfügigen Verbesserungen, die das Gesetz einigen Angestelltenkategorien für die Gegenwart bietet, stehen infolge Festsetzung ungenügender Anfangsbezüge, infolge Verlängerung der Anwärterzeiten, verschlechterter Ernennungs- und Vorrückungsbedingungen, willkürlicher Einzeihungsnormen und Ortsklasseneinteilung, schwere Nachteile für die Zukunft gegenüber. Ueberdies wurden die Pensionisten mit ihren berechtigten Forderungen auf Gleichstellung aller Pensionistengruppen einschließlich der Abgebauten neuerlich übergegangen.

Unsere entschiedenste Ablehnung fordert aber die Auslieferung der Stellen-systemisierung an die Willkür der Regierung, die neuerliche Einschränkung der Rechte der Selbstverwaltungskörper und die Aufhebung der den Sozialversicherungsinstituten für die Regelung der Dienstverhältnisse ihrer Angestellten bisher zustehenden Autonomie unsere schroffste Ablehnung heraus und schon gar die Fülle von Ermächtigungen für eine Regierung, zu der wir unmöglich Vertrauen haben können.

Wir können ruhig aussprechen, daß wir alles getan haben, um die schweren Mängel des Entwurfes durch gründlich ausgearbeitete und sachlich wohl fundierte Abänderungsanträge zu beheben. Alle unsere Bemühungen wurden aber von der Mehrheit, die sich sonst gern ein Mantelchen der Beamtenfreundlichkeit umhängt, durchkreuzt. Wir wollen trotzdem auch bei der Beratung der Vorlage im Plenum des Hauses unsere Bemühungen fortsetzen. Sollte aber die Mehrheit in ihrem unsozialen Beginnen fortfahren, dann mühten wir uns auch die alleinige Verantwortung für die in ihrer jetzigen Gestalt unannehmbare Vorlage überlassen und unsern Urteil über diese durch ein negatives votum Ausdruck geben.

Wir befinden uns dabei in voller Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Organisationen, mit welchen wir in allen Phasen der parlamentarischen Verhandlungen im ständigen Einvernehmen gearbeitet haben. Vereint mit diesen werden wir den Kampf für eine gerechte und soziale Regelung der Dienstbezüge und Rechtsverhältnisse der öffentlichen Angestellten mit aller Entschiedenheit fortführen.

\* \*

## Staatsbeamtendebatte im Abgeordnetenhause.

Genosse Grünzner über die Mängel und Gefahren des Gesetzes.

Prag, 16. Juni. Das Parlament ging heute in die Generaldebatte über die Staatsbeamtenvorlage ein. Die Debatte verlief auf Grund von Vereinbarungen mit dem tschechischen sozialistischen Block ruhig, nachdem der Versuch, die Kongruadebatte gemeinsam mit der Debatte über die Beamtenvorlagen abzuführen, energisch zurückgewiesen worden war. Für die Verhandlung der Kongrua, die für Freitag zu erwarten ist, kann man allerdings auf scharfe Zusammenstöße gefaßt sein. Außerdem wird noch ständig nach einer Mehrheit für die Spiritus- und Rudersteuer gesucht; heute fanden diesbezügliche Verhandlungen zwischen Sobotka und Mahrharting als Vertreter der deutschen Sozialparteien statt. Alle diese Vorlagen sollen nach dem Plan der Mehrheit noch bis Samstag erledigt werden.

In der Generaldebatte sprach für unseren Klub Genosse Grünzner. Er lezte die zahllosen Mängel und Gefahren der Vorlage bloß, die zu ändern wir uns in wochenlangen Ausschus-

verhandlungen vergeblich bemüht haben, und erklärte zum Schluß, daß wir, falls nicht noch in letzter Stunde unsere wohlgemeinten und sachlich begründeten Abänderungsanträge angenommen werden, daraus die Konsequenzen ziehen und unsere Stimmen nicht für das Gesetz abgeben werden.

Der Budget-Ausschuß beschäftigte sich bereits mit der Zuckersteuer; mit Rücksicht auf die schwebende Mehrheit mußte die Sitzung abgebrochen werden; auch der sozialpolitische Ausschuß geriet über die formale Debatte zur Kongrua nicht hinaus; beide Ausschüsse werden schriftlich zur nächsten Sitzung einberufen.

Die Plenarsitzung des Parlamentes begann heute mit einer zweistündigen Verspätung erst um 1 Uhr mittags. Diese Verspätung war durch Verhandlungen verursacht, die zwischen dem tschechischsozialistischen Block und dem Präsidienten Mahypetr geführt worden waren. Das

Gesetz- und Grundbesitzern und einer Masse von kleinen, selbständigen Existenzen ist ein richtiges Bürgertum geworden. Es gibt kaum einen Verwaltungsgewalt mehr, in dem nicht Tschechen sitzen würden. Tschechische Finanzinstitute sind seit dem Kriege wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden geschossen. Die tschechische Finanzbourgeoisie ist eine gewaltige Macht geworden. Handel und Industrie sind nicht mehr zu einem unbedeutenden Teile in tschechischen Händen. Die gesamte hohe Beamtenenschaft und die hohen Offiziere sind Tschechen. Durch die Bodenreform sind Milliardenwerte an Tschechen übergegangen, das gesamte Lieferungsweesen des Staates sorgt für die wirtschaftliche Stärkung und materielle Bereicherung der tschechischen Besitzklasse. Die Restgüterverteilung hat sogar das Entstehen eines neuen, wenn auch ungeadelten Landadels zur Folge gehabt.

Das tschechische Bürgertum ist reich geworden, damit hat auch seine Denkweise, seine politische Einstellung sich verändert. Es fühlt und denkt nicht mehr wie die Menge von kleinen Leuten, die es früher war. Seine soziale

freundliche Gesinnung hat es sich ebenso angewöhnt, wie seine demokratischen Mäuren. Es will herrschen, will seinen Reichtum verteidigen, sein Recht auf Ausbeutung geschützt sehen, nicht anders wie seit jeher die deutsche Herrenklasse. Die nationale Koalition? Gewiß, aber nur solange, als sie dem Bürgertum dienbar ist! Demokratie? Man kann sie wünschen, solange sie nicht die Alleinherrschaft stört — sonst Faschismus! Manche vermögen diese Entwicklung nicht zu begreifen, sind wohl der Meinung, nur menschliche Unzulänglichkeit und Undankbarkeit verschuldige es, daß das tschechische Bürgertum heute kein Verlangen mehr zeigt, mit dem Volksgenossen Arbeiter gut auszukommen und ihm statt Entgegenkommen Verständnis, schroffe Diktate bietet, mit den Deutschbürgerlichen dagegen paktiert. Das tschechische Volk macht in seinem Innern gegenwärtig eine heftige Krise durch. Die verschärften Klassengegenstände bewirken politische Umgruppierungen. Der heftige Kampf um Zölle und Kongrua ist nicht die alleinige Ursache, er ist die Erscheinungsform der tiefgehenden Veränderung in der sozialen Struktur des tschechischen Volkes.

## Sozialdemokratischer Wahltag in Bohum.

Ein günstiges Vorzeichen für den Volksentscheid.

Berlin, 16. Juni. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der sonntägigen Neuwahlen der Stadtverordneten in Bohum ist für die Sozialdemokratie ein glänzender Sieg, der auf die Stimmung für den kommenden Volksentscheid günstige Schlüsse ziehen läßt. Während alle anderen Parteien infolge der geringen Wahlbeteiligung schwere Einbußen an Stimmen und Mandaten erlitten, gelang es der Sozialdemokratie, ihre Stimmen zu erhöhen und ihre Mandatszahl von bisher sieben auf vierzehn zu verdoppeln. Die Kommunisten gingen von dreizehn auf neun Mandate zurück.

Präsidium hatte nämlich heute vormittag gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Vizepräsidenten beschlossen, die Debatte über die Kongrua gleichzeitig mit jener über die Staatsbeamtenvorlagen durchzuführen, also den sozialistischen Parteien die zu erwartende Obstruktion gegen die Kongrua möglichst zu erschweren.

Gegen diesen Beschluß erhoben jedoch die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten entschiedenen Protest und verbarren auf getrennter Debatte. Die diesbezüglichen Verhandlungen endeten auch mit einem Siege der Sozialisten. In einer neuerdings einberufenen Präsidialsitzung wurde der erste Beschluß re-assumiert und beschlossen, die Kongrua gesondert zu behandeln.

Als Dozalek nach 1 Uhr die Sitzung eröffnete, teilte er zunächst mit, daß anstelle des verstorbenen Genossen Sillebrand Genosse Wenzel Stanek aus Eger das Abgeordnetenmandat übernimmt.

Nach einigen Zuweisungen an die Ausschüsse nahm das Haus ohne Widerspruch den Kompromißantrag an, die Debatte über die Staatsangestellten-, Lehrgerechtigkeits- und Lehrgerechtigkeitsvorlagen in einem abzuföhren. Die Redezeit wurde mit ein, bzw. zwei und drei Stunden je nach der Größe des Klubs festgesetzt.

Zum Lehrgerechtigkeitsgesetz sprachen sodann die Berichterstatter Malik, Benes und Matousek, zu der Lehrgerechtigkeitsvorlage nochmals Malik und Matousek. Das Haus ging dann in die

### Generaldebatte

über alle drei Vorlagen ein.

Als erster Redner hielt der Landwirtsch. Schubert, der nach einem Exkurs über die Notwendigkeit der Zölle sich in nationalen Phrasen erging, die gerade heute, wo die Landwirtsch. der Regierung so blind unterstützen und alle „nationalen Belange“ zurückstellen, absolut nicht am Platze waren. Es wird den Landwirtsch. nicht gelingen, über ihre schmachtvolle Haltung in den letzten Wochen mit ein paar Phrasen hinwegzukommen. Wenn sie so weiter den Tschechischbürgerlichen nachtriefen, dann werden diese kaum „zum Ausgehen gezwungen“ werden, wie Herr Schubert meinte.

Gen. (Nationaldem.) erklärt, daß auf dieses Gesetz 300.000 Staatsangestellte warten. Seine Partei habe die Initiative ergriffen und den Kampf um die Erhöhung der Staatsangestelltenbezüge begonnen. Er bedauert, daß das Abbaugesetz noch in Kraft ist, das abzuschaffen oder zu novellieren sei. Aus den Beamten dürfe man nicht Diener der politischen Parteien machen. Es sei merkwürdig, daß die Parteien, welche für die Vorlage stimmten, bei der Bedeckung Schwierigkeiten machen wollen. Alle den Staat liebenden Parteien sollten wieder zu einer neuen aktivistischen Gruppierung zusammenzutreten, wo nicht der „Klub“, sondern die Grundzüge der Demokratie und die Fähigkeiten entscheiden sollten.

Simm (D. Nat.-Zog.) ist mit den Zugeständnissen der Regierung in der Gehaltsfrage nicht zufrieden. Niemand wisse, wieso man zu der Ziffer von 700 Millionen für den Mehraufwand gekommen sei. Das Finanzministerium verlange aber, die früheren Steuererhöhungen eingerechnet, um 280 Millionen mehr als nötig sei. Seine Partei finde schwere soziale Mängel in dem Gesetz; entscheide sich die Mehrheit für den Ausschussbericht, ohne auf die gestellten Abänderungsanträge Rücksicht zu nehmen, dann werde seine Partei gegen die Vorlage stimmen.

Aralik (Fisch. Agrar.) erklärt, die Belastung des Staates durch die Gehalts- werde jährlich 5%

Milliarden ausmachen; angesichts dieser Ziffer sei eine Reform der öffentlichen Verwaltung dringend notwendig.

Genosse Grünzner

verliest zunächst den an anderer Stelle abgedruckten Protest anlässlich gegen die Gewaltmethoden der Polizei...

Seit nahezu einhalb Jahren wird den Staatsbediensteten die Regelung ihrer Bezüge und ihres Dienstverhältnisses versprochen...

Wir stehen nun heute in der Schlussverhandlung und vor der Verabschiedung eines großen Gesetzgebungswerkes...

Wir glauben, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um die Bezüge durch eine Art neuer Dienstpragmatik dauernd zu regeln.

Das ganze Gesetz ist in einer raffinierten Art und Weise aufgebaut. Es scheidet die Staatsangestellten in zwei große Interessengruppen...

In der ersten Gruppe zählen vor allem die Staatsbeamten von der 5. Rangsklasse aufwärts...

Das ist die große Masse der Staatsbediensteten, die dem Gesetz mit Beforgnis entgegensehen...

Wir haben sowohl im sozialpolitischen Ausmaß, als auch im Budgetausmaß uns bemüht, Verbesserungsanträge...

durchzubringen, gegenüber allen Bestimmungen des Gesetzes, die einen Rechtsentzug oder eine Verschlechterung...

gering bemessen. Ferner haben wir uns auf das schärfste gegen die Verlängerung der Anwartschaftsfristen gestellt...

Genosse Grünzner erinnert sodann daran, wie stolz die tschechischen Parteien nach dem Umsturz waren...

Heute müssen wir konstatieren, daß wir recht behalten haben, da nach der Regierungsvorlage...

Nach den Bestimmungen der Regierungsvorlage ist die Systemisierung der Stellen vollkommen der Willkür der Regierung...

Diese Bestimmung wird sich insbesondere gegen die Bediensteten der Kinderheime auswirken.

Eine mindere Qualifikation und der arme Teufel kann Jahre um Jahre sitzen, erreicht vielleicht überhaupt niemals das Definitivum...

Das gleiche trifft auch in bezug auf die Arbeiter bei den staatlichen Unternehmungen zu.

Diese Regelung der Dienstverhältnisse ist ein gewaltiger Rückschlag in die Verhältnisse...

der Ortszulagenklassen

ist wiederum nach dem alten System durchgeführt, wie das im alten Oesterreich war...

Darunter haben insbesondere die Angestellten und ganz vorwiegend aber die Lehrerschaft...

Ferner tritt eine Verschlechterung dadurch ein, daß die Kinderzulagen an weibliche Bedienstete...

Weiters ist in der Regierungsvorlage keine Rücksicht auf die berechtigten Forderungen der Altrentnerinnen...

genommen worden. Zu wiederholtenmalen haben die verschiedensten Parteien dieses Hauses...

Auch die zwangsweise Pensionierten werden von der erhöhten Pensionsgrundlage ausgeschlossen...

Genosse Grünzner geht nun des näheren auf die Verhältnisse bei den staatlichen Unternehmungen...

Der Paragraph 213 der Vorlage bedeutet wiederum...

einen Eingriff in die Autonomie der Selbstverwaltungskörper.

Wir haben uns auch gegen diese Bestimmung gewehrt und die sozialistischen Parteien...

Was ich nicht unterlassen kann, hier öffentlich zur Kenntnis zu bringen, ist, daß bei der Abstimmung...

sozialen gegen unseren Antrag gestimmt haben.

Gen. de Witte: Die deutschen Landbündler als Totengräber der Autonomie!

Grünzner: Dadurch haben sie ihre wahre Natur gezeigt.

Gen. de Witte: Das gehört plakatieren!

Was das Lehrgesetz angeht, müssen wir konstatieren, daß...

die Lehrerparität in dem Entwurf nicht vollständig gewahrt

ist. Auf unsere Einwendungen erklärte der Regierungsvorsteher, daß das Gesetz auch die Dienstpragmatik der Lehrer darstelle...

Was aber unsere Haltung zu dieser Regierungsvorlage ganz besonders beeinflusst...

62 Regierungsermächtigungen

enthalten sind. In 62 Bestimmungen dieses Gesetzes bleibt es der Regierung überlassen...

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen polemisiert Genosse Grünzner gegen die Ausführungen...

Aus dem Tschechischen von Richard Brandeis.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

42 Von Jiri Hausmann.

Nordville, 1. V. Den Freitag der Arbeit und Liebe feierte unsere tapfere Wehrmacht in höchst würdiger Weise...

Nordville, 2./V. Südliche Front: Nachdem wir den Widerstand der ungeordneten Feindeshaufen gebrochen haben...

Unter dem Eindruck der geschilderten Mißfolge stellte der Feind auch an der nördlichen Front seine Vorrückung...

von einem günstigeren abgelöst werden wird.

Nordville, 4./V. Längst der ganzen Breite der „Liebeshalbinsel“ verfolgen wir unermüdet die Reste der feindlichen Armeen...

Nordville, 7./V. Südliche Front: Der rechte Flügel des Feindes setzte sich auf dem Rücken der heil. Genovefa fest...

Berg. Von unserem rechten Flügel aus sehen wir schon ganz deutlich das Meer.

Nordville, 9./V. Von beiden Fronten nichts zu melden.

Nordville, 10./V. Südliche Front: An der nördlichen Front Ruhe.

Nordville, 11./V. Südliche Front: An der nördlichen Front Ruhe.

Nordville, 12./V. Südliche Front: An der nördlichen Front Ruhe.

Uebrigens erläutert der Situationsplan der Stand der Dinge am anschaulichsten.

(Fortsetzung folgt.)







